

Oeffentliches Gesundheitswesen.

Geburtenzahl und Kindersterblichkeit während des Jahres 1921 im Regierungsbezirk Düsseldorf und daraus sich ergebende Betrachtungen.

Von **Arthur Schloßmann** in Düsseldorf.

Unsere Zukunft liegt ausschließlich in unserer eigenen Hand. Sie ist einzig und allein abhängig von dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines festen deutschen Willens zum Leben. Wir stehen — darüber ist kein Zweifel — geschichtlich an einem Scheideweg und müssen zu einem Entschlusse kommen, zu einem eigenen Entschlusse. Wir müssen uns entscheiden, ob wir auf eine Zukunft verzichten oder ob wir uns einen angemessenen Platz an der Sonne erhalten wollen. Können und wollen wir die Schäden ausgleichen, welche Krieg und Hungerblockade uns an Quantität und an Qualität, an Menge und Wert zugefügt haben, oder haben wir hierzu nicht mehr die Kraft und den Willen? So lautet die Formulierung für die bange Frage, die der Sozialhygieniker sich immer wieder vorlegt, und bedenklich prüft er von diesem Gesichtspunkt alle Erscheinungen, die wir an unserem immer noch an den Nachwehen des Krieges leidenden Volkskörper beobachten können. Da aber unsere Ratschläge und praktischen Maßnahmen in dieser Hinsicht von den Beobachtungen abhängen, die wir auf dem bevölkerungspolitischen Gebiete anstellen, so scheint es mir gerade vom praktischen Standpunkte aus dringend erwünscht, möglichst rasch Einblick in die Ergebnisse zu gewinnen, welche die statistischen Erhebungen uns an die Hand geben. Wir beeilen uns daher, im Gegensatz zu der sehr gründlich, aber dafür recht langsam arbeitenden offiziellen Statistik, im Regierungsbezirk Düsseldorf die Zahlen über die Geburtlichkeit und Sterblichkeit, insbesondere der Kinder, zusammenzustellen, um aus diesem Schlüsse und daraus wieder Ratschläge für die Beseitigung sich ergebender Mißstände abzuleiten. Da es sich bei dem Regierungsbezirk Düsseldorf nicht nur um den an Einwohnerzahl, sondern auch in bezug auf wirtschaftliche Bedeutung wichtigsten Regierungsbezirk Preußens handelt, in dem industrielle und ländliche Gegenden vereint sind, so lassen sich auch aus den hier ermittelten Zahlen Rückschlüsse auf den Verlauf der Geburten und der Sterblichkeit in ganz Preußen und im übrigen Deutschland ziehen. Das nimmt unseren Erhebungen den lokalpolitischen Charakter.

Was zunächst die Geburten überhaupt (Lebend- und Totgeburten) anbetrifft, so können wir erfreulicherweise feststellen, daß deren absolute Zahl von 92367 im Vorjahre auf 94095, also um 1728 gestiegen ist. Diese absolute Steigerung ist aber so gering, daß die Geburtenziffer dadurch relativ gesunken ist, nämlich von 25,6‰ auf 25,0‰. Bei dem ziemlich starken Zuzug in das Industriegebiet und der natürlichen Bevölkerungsvermehrung dürfte diese relative Abnahme nicht sehr ins Gewicht fallen und ist nicht ohne weiteres als Abnahme der Fruchtbarkeit zu deuten. Wir dürfen niemals vergessen, daß ein Zuwachs der Bevölkerung von 10 auf 1000 bei gleichbleibender absoluter Geburtenzahl die relative Geburtenziffer an und für sich um 0,25‰ herabsetzt. Die Bevölkerungszahl ist aber von 1920 auf 1921 um beinahe 5‰ gestiegen. Das Verhältnis von Totgeburten zu Lebend-

geburten hat sich nicht verändert, 3,13‰ der Geborenen überhaupt gegen 3,14‰ im Vorjahre.

Das Jahr 1908 hatte mit 114489 Lebendgeborenen die bis dahin erzielte Höchstzahl erbracht. In den Jahren 1913—1921 ist die Zahl der Lebendgeborenen wie folgt nieder- und heraufgegangen:

1913	105611	1916	60307	1919	70315
1914	105389	1917	52050	1920	89463
1915	81027	1918	54754	1921	91144

Nachdem also eine Abminderung bis unter die Hälfte der vorkriegszeitlichen Geburtenzahl im Jahre 1917 eingetreten war, ist diese jetzt von der der Vorkriegszahl nicht mehr allzu weit entfernt. Aber diese absolute Zunahme, die begrüßenswert ist, darf uns nicht in allzu optimistische Stimmung versetzen. Es ist kein Zweifel, daß wir immer noch erst an der Grenze des Erträglichen sind, wofern wir auf einen Fortbestand unseres Volkes Wert legen, denn gewisse Symptome geben bei näherer Betrachtung doch zu denken. Zunächst einmal fällt auf, daß in den Landkreisen auf das Tausend der Bevölkerung 25,2 Geburten kamen, in den Stadtkreisen 24,9. Es stehen also die Stadtkreise den Landkreisen kaum mehr nach. Die Zeiten, in denen auch im Regierungsbezirk Düsseldorf die Landkreise das Reservoir bildeten, aus dem die Städte mit geringerer Geburtenzahl immer wieder schöpfen konnten, scheinen dahin. Wenn man aber die Stadt- und Landkreise genauer betrachtet, so findet man, daß in drei Stadtkreisen, nämlich Barmen 19,3‰, Solingen 19,7‰ und gar auch Krefeld 19,8‰, und auch schon in einem Landkreise (Lennep), die Geburtlichkeit, und zwar Lebende und Tote zusammen, unter 20‰ gesunken ist. Auch in Remscheid mit 20,4‰ Geburten überhaupt und 19,65‰ lebenden Geburten und im Landkreis Mettmann mit 20,6‰ Geburten überhaupt und 19,9‰ lebenden Geburten haben wir Kreise vor uns, die, bevölkerungspolitisch betrachtet, an und für sich im Absterben sind, die nicht mehr den normalen Abgang durch genügende Geburten auszugleichen vermögen, die somit als bevölkerungspolitisch parasitär zu betrachten sind: sie leben vom Ueberschuß ihres Wirkkörpers, das ist vom Ueberschuß der übrigen Teile des Regierungsbezirkes bzw. Preußens oder Deutschlands; denn ich teile voll den Standpunkt Grotjahns, daß normalerweise zu einer Erhaltung unseres Bevölkerungsstandes auf der jetzigen Höhe eine Geburtlichkeit von 20‰ notwendig ist. Wir dürfen uns durch die scheinbar auch heute noch relativ so niedrigen Sterblichkeitszahlen nicht zu dem Glauben bringen lassen, daß wir auch wirklich eine aktive Bevölkerungsbilanz haben, wenn infolge der scheinbar geringen Sterblichkeitsziffern sich ein rechnerischer Ueberschuß von erheblicher Höhe ergibt. Welchen Täuschungen man dabei anheim fallen kann, zeigt sich an der Sterblichkeitsziffer Düsseldorfs für das Jahr 1921, die rund 12‰ beträgt. Das würde für uns Düsseldorf die herrliche Aussicht ergeben, weit über alle Verheißungen des Psalmisten hinaus ein durchschnittliches Alter von über 83 Jahren zu erreichen.

Aber wie so oft täuscht hier schlecht gedeutete Statistik eine gesundheitliche Fata morgana vor. Ein Zuzug von zahlreichen Menschen in jugendlichem, relativ ungefährdetem Alter, wahrscheinlich auch der Abzug von alten Leuten, die ihrem Lebensende nahe sind, bilden die Grundlage für diese Täuschung, und mit niedrigen Sterblichkeitsziffern, wie wir sie bis jetzt hatten, kann nur ein dauernd wachsendes Volk rechnen, bei dem von Jahr zu Jahr der Bestand an jugendlichen Individuen im Verhältnis zu den älteren Altersklassen zunimmt. Sobald wir an Zahl stehen bleiben, wird eine Sterblichkeit von 20 auf das Tausend eine durchschnittliche Lebensdauer von 50 Jahren und damit ein sehr günstiges Verhältnis bedeuten. Infolgedessen würden 20 Geburten gerade genügen, um unsere Bevölkerung im Gleichgewicht zu halten. Auf diese Sachlage kann gar nicht oft genug hingewiesen werden, da wir uns in der Wertung unseres Bevölkerungsstandes gerne denselben Irrungen hingeben, wie in der Beurteilung unserer Finanzlage: In beiden Fällen ist der scheinbare Reichtum nur auf dem Papier vorhanden. Darum darf an der Erscheinung nicht vorübergegangen werden, daß einzelne Kreise, und zwar sowohl städtische wie ländliche, in ihrer Menschenproduktion unter die Grenze dessen sinken, was zur Erhaltung unseres Volksbestandes unbedingt nötig ist. Waren es bisher soziale Schichten, die das Kindergebären den anderen überlassen zu dürfen glaubten, und zwar gerade diejenigen, die sich gern als die Führenden bezeichneten, so finden sich heute in erweitertem Maße auch regionäre Striche, in denen die Geburten zur Volkserhaltung nicht mehr ausreichen.

Natürlich dürfen die schweren Hemmungen nicht verkannt werden, die sich einer gleichmäßig steigenden Geburtenzahl in den Weg stellen. Wenn auch die neue Verfassung des Deutschen Reiches Ehe, Familie und Kinderreichtum als Grundpfeiler des modernen Staates würdigt, so haben leider weder die Gesetzgebung, noch die Verwaltung — und das letztere gilt im allgemeinen im gleichen Maße von Reich, Staat und Kommunalverbänden — sich bemüht, aus den theoretischen Vorschriften der Verfassung praktische Folgerungen zu ziehen und die Versprechungen, die dort gemacht sind, zu Taten werden zu lassen. Nirgends, aber auch nirgends sieht man den guten Willen, denen, die dem Staate durch Aufzucht neuer Bürger und späterer Steuerzahler schwere Opfer bringen, in einer dem Geiste der Weimarer Verfassung entsprechenden Weise Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Selbst das einzige Gesetz, das nach dieser Richtung als ein Fortschritt zu deuten ist, das Gesetz betreffend die Wochenhilfe, bringt einen erheblichen Rückschritt. Wenn im November 1914 das Stillgeld für die nicht selbst versicherten auf die Höhe von 50 Pfg. festgesetzt wurde, so konnte die Wöchnerin sich dafür im

Durchschnitt in Deutschland mindestens 2 Liter Milch und 2 Weißbrötchen kaufen und ihrem Körper erheblich mehr Kalorien zuführen, als ihr selbst durch das Nälren von Zwillingen entzogen wird. Heute ist das Stillgeld auf 4.50 M. „erhöht“ und damit auf den Wert von kaum viel mehr als einem halben Liter Milch gesunken. Die Wöchnerin kann damit nicht mehr entfernt die Ausgaben ihres Körpers decken, die sie für ihr Kind leistet. Aber auch in Bezug auf die Versorgung mit Wohnungen ist manches faul im Staate. Ich habe kürzlich eine Siedelung besichtigt, die innerhalb der Stadt Düsseldorf entstanden ist und zu der ja Reich, Staat und Gemeinde finanziell beigesteuert haben. Baulich und hygienisch sind die erstellten Häuser tadellos und lösen meiner Ansicht nach das Siedelungsproblem vortrefflich. Sie entsprechen vollkommen dem, was die Verfassung als Wohnstätte jedem Deutschen in Aussicht stellt. Wenn man aber etwas näher in die Dinge hineinsieht und sich mit denen befaßt, denen diese wirklichen Heimstätten zugutegekommen sind, so findet man, daß, wenn vielleicht auch nicht gewollt, so doch tatsächlich eine Auswahl der Bewohner in dem Sinne stattgefunden hat, daß kinderarme Familien vor den kinderreichen bevorzugt worden sind. In der Siedlung, von der ich spreche (Düsseldorfer, Metzkauser Straße), sind 65 Familien untergebracht. Von diesen haben Kinder gezeugt:

kein Kind . . 17 Familien	3 Kinder . . 4 Familien	6 Kinder . . 2 Familien
1 Kind . . . 20 Familien	4 Kinder . . 5 Familien	7 Kinder . . 1 Familie
2 Kinder . . 13 Familien	5 Kinder . . 2 Familien	8 Kinder . . 1 Familie

insgesamt also die 65 Hausstände 105 Kinder. Hierin sind aber die Verstorbenen und Totgeborenen eingerechnet, sodaß tatsächlich auf die 65 Hausstände nur 91 Kinder oder auf einen Hausstand 1,4 Kinder kommen. Wir sehen also, daß von den 65 Hausständen, denen der außerordentliche Vorteil dieser vortrefflichen Wohnungen zuteilwird, 50 kein Kind, 1 Kind oder nur 2 Kinder haben und daß nur 6 der Familien als kinderreich zu betrachten sind, da sie mehr als 4 Kinder aufweisen. Optimisten könnten nun annehmen, daß hier die Heimstätten geschaffen sind, in die die Kinder erst hineingeboren werden sollen. Nichts sollte eigentlich die eheliche Fruchtbarkeit mehr anregen als die Möglichkeit, die Kinder gut unterzubringen; aber hier haben wir überwiegend Ehepaare, bei denen mit zukünftigen Geburten nur im beschränkten Maße zu rechnen ist. Die 65 Familien haben insgesamt 575 Ehejahre. Es kommt also auf jede Familie 8,85 Ehejahre und auf die 8,85 Ehejahre durchschnittlich 1,4 Kinder. Auf jedes lebende Kind kommen 6,32 Ehejahre.

Hausstand ohne Kinder . . 17 mit 54 Ehejahren = 3,2 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 1 Kind . . . 20 mit 153 Ehejahren = 7,6 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 2 Kindern . . 13 mit 142 Ehejahren = 10,9 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 3 Kindern . . 4 mit 46 Ehejahren = 11,5 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 4 Kindern . . 5 mit 72 Ehejahren = 15,4 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 5 Kindern . . 2 mit 31 Ehejahren = 15,2 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 6 Kindern . . 2 mit 38 Ehejahren = 19 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 7 Kindern . . 1 mit 22 Ehejahren = 22 Ehejahre im Durchschnitt
Hausstand mit 8 Kindern . . 1 mit 17 Ehejahren = 17 Ehejahre im Durchschnitt

Von den Ehen ohne Kind wiesen Ehejahre auf:

5 Ehen je 1 Ehejahr	2 Ehen je 3 Ehejahre
5 Ehen je 2 Ehejahre	Die übrigen Ehen je 7 und mehr Ehejahre

Von den Ehen mit 1 Kinde:

4 Ehen je 2 Ehejahre
4 Ehen je 3 Ehejahre
1 Ehe je 1 Ehejahr
Die übrigen Ehen je 7 und mehr Ehejahre

Von den Ehen mit 2 Kindern:

2 Ehen je 7 Ehejahre
2 Ehen je 8 Ehejahre
1 Ehe 9 Ehejahre usw.

Ich habe noch eine andere Siedlung in Düsseldorf, „Freiheit“ bei Eller, nach den gleichen Gesichtspunkten untersucht. Auch diese Siedlung ist ganz neu und bietet 42 Familien Platz. Während es aber in der oben angeführten sich hauptsächlich um Beamtenfamilien handelte, und zwar meist städtische Beamte, haben wir in der Siedlung „Freiheit“ vorzugsweise Arbeiter, und zwar besonders Schreiner aus einer nahegelegenen großen Holzverarbeitungs- und Waggonfabrik. Hier haben wir bei den 42 Familien 112 Geburten festgestellt, und zwar:

Familien ohne Kinder . . 5	davon eine im ersten Jahr verheiratet	Familien mit 4 Kindern 1
Familien mit 1 Kind . . . 9		Familien mit 5 Kindern 2
Familien mit 2 Kindern . 13		Familien mit 6 Kindern 1
Familien mit 3 Kindern . 8		Familien mit 8 Kindern 1
		Familien mit 11 Kindern 1
		Familien mit 14 Kindern 1

Von den 112 Kindern, einschließlich der Gestorbenen und Totgeborenen, bleiben 99 als heute noch lebend übrig. Hier kommen also auf jede Familie 2,4 Kinder, auf jedes lebende Kind 5,85 Ehejahre. Auch hier sehen wir wieder, daß weit über die Hälfte der Familien kinderlos war oder nur 1 oder 2 Kinder hatte, während abermals nur 6 Familien als kinderreich zu bezeichnen sind. Was hier die Ehejahre anbetrifft, so finden wir:

Familien ohne Kinder . . . 5 mit 36 Ehejahren = 7,2 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 1 Kind 9 mit 118 Ehejahren = 13,1 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 2 Kindern . . 13 mit 167 Ehejahren = 12,8 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 3 Kindern . . . 8 mit 120 Ehejahren = 15 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 4 Kindern . . . 1 mit 17 Ehejahren = 17 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 5 Kindern . . . 2 mit 43 Ehejahren = 21,5 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 6 Kindern . . . 1 mit 20 Ehejahren = 20 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 8 Kindern . . . 1 mit 18 Ehejahren = 18 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 11 Kindern . . 1 mit 22 Ehejahren = 22 Ehejahre im Durchschnitt
Familien mit 14 Kindern . . 1 mit 24 Ehejahren = 24 Ehejahre im Durchschnitt

Von den Ehen wiesen Ehejahre auf:

a) von den Ehen ohne Kinder	b) Ehen mit 1 Kinde	c) Ehen mit 2 Kindern
1 Ehe 1 Ehejahr	1 Ehe 2 Ehejahre	2 Ehen je 7 Ehejahre
1 Ehe 2 Ehejahre	2 Ehen je 8 Ehejahre	1 Ehe 9 Ehejahre
1 Ehe 5 Ehejahre	Die anderen darüber	Die anderen darüber
Die anderen darüber		

Auch aus dieser Freiheitskolonie werden, wie man aus der angeführten Zahl der Ehejahre ersieht, nicht mehr allzu viele Kinder erblihen. Auch hier handelt es sich um eine Unterbringung von vorzugsweise kinderarmen Familien.

Diese Beobachtungen haben mich veranlaßt, erneut der Frage näherzutreten, wieviel Kinder in einer Ehe geboren werden müssen, damit wenigstens eine Erhaltung unseres Bevölkerungsstandes gesichert ist. Bekanntlich sind Rechnungen dieser Art verschiedentlich angestellt worden, so besonders auch von Graßl, ohne daß mich aber die hier oder anderwärts verwandte Methode zu befriedigen vermöchte. Ich glaube, daß man zu dem brauchbarsten Ergebnis durch folgende Ueberlegung kommt:

Wir gehen wieder davon aus, daß wir mit einer normalen Sterblichkeit von 20‰ rechnen müssen, also mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 50 Jahren. Das bedeutet, daß jährlich auf je 10000 der Bevölkerung 200 Menschen absterben, an deren Stelle 200 Kinder lebend geboren werden müssen. Von diesen 200 sind etwa 10% außerehelich. Es müssen daher auf je 10000 der Bevölkerung 180 Kinder in der Ehe lebend zur Welt kommen. Nun ergibt sich aus den Ermittlungen der Volkszählung, wie viele verheiratete Frauen auf je 10000 der Bevölkerung kommen. Ich benutze, weil wir damals stabilere Verhältnisse hatten, die Ergebnisse des Jahres 1910. Damals waren es 1789 Ehefrauen. Es kommen somit auf 180 Kinder, die in der Ehe geboren werden müssen, um den Bevölkerungsstand zu erhalten, 1789 Ehefrauen, d. h. 0,1006 Geburten je Ehefrau und Jahr. Im Jahre 1913 betrug nach meinen Berechnungen die durchschnittliche Ehedauer der durch den Tod gelösten Ehen 25,94 Jahre, somit beträgt bei Zugrundelegung der Dauer der durch den Tod gelösten Ehen die Zahl der Kinder, welche zur Erhaltung des Volksbestandes notwendig sind, $0,1006 \times 25,94 = 2,6056$ oder rund 2,6 Kinder. In jeder Ehe müssen somit mindestens 2,6 Kinder durchschnittlich lebend geboren werden, nur um den heutigen Volksstand zu erhalten. Diese Zahl erfährt eine ganz kleine, aber für die Rechnung nicht mehr in Betracht kommende Minderung dadurch, daß die durch Scheidung gelösten Ehen eine weit kürzere durchschnittliche Dauer haben. Dagegen erhöht sich die Zahl der notwendigen Geburten, wenn wir die Totgeburten mit in Betracht ziehen. Da diese ungefähr 3% der Geburten überhaupt ausmachen, kommen wir auf 2,7 notwendige Geburten für jede verheiratete Frau, um den natürlichen Bevölkerungsabgang auszugleichen¹⁾. In der Siedlung auf der Metzkauserstraße ist gerade die Hälfte der Kinder je Ehe gezeugt worden, die für das Bilanzieren unserer Bevölkerungszahl notwendig gewesen wären, und in der Kolonie „Freiheit“ bleibt die Kinderzahl je Ehe im Durchschnitt auch noch hinter dem hierfür nötigen zurück. Das sind außerordentlich ernste und wichtige Fragen, die sich an die eben gegebene kurze Darstellung anknüpfen. Aus Beobachtungen, wie ich sie hier angeführt habe, ergibt sich m. E. die Forderung, daß die Hergabe öffentlicher Mittel zum Wohnungsbau in weitem Maße von der Verpflichtung abhängig zu machen ist, die damit hergestellten Wohnungen in erster Linie zur Siedlung kinderreicher Familien auszunutzen. Es würde auch die Beseitigung einer Verordnung zu verlangen sein, nach der von den zu erbauenden Wohnungen nur 10% so angelegt werden dürfen, daß sie für kinderreiche Familien ausreichen. In unserer Kolonie auf der Metzkauserstraße wird gerade zufällig der Anforderung entsprochen, daß nur 10% der Angesiedelten kinderreich sind, wobei wir Ehen mit 5 Geburten inklusive der Totgeborenen und Gestorbenen schon als kinderreich betrachtet haben. Es erscheint mir unverantwortlich, öffentliche Mittel für die Siedlungen solcher Familien auszugeben, die nicht entfernt fruchtbar genug sind, um den natürlichen Bevölkerungsabgang zu sichern. Alle verfügbaren Mittel müssen im Gegenteil der Ansiedlung solcher Familien zugute kommen, welche der Volkserhaltung und der Volksvermehrung dienen. Damit erfaßt man den Geist unserer Verfassung, der eine wirkliche Bevorzugung der kinderreichen Familien will.

Ich wende mich nunmehr zur Besprechung der Totgeburten, die von 3,14% der Geburten überhaupt auf 3,13% zurückgegangen sind. Bedingt ist diese Minderung durch das Zurückgehen der Totgeburten in den Landkreisen. Recht erfreulich ist der nicht unerhebliche Rückgang der unehelichen Geburten, die im Jahre 1921 im Regierungsbezirk Düsseldorf nur noch 5,7% der Gesamtgeburtenszahl betragen, gegen 6,6% im Vorjahre. Hier lassen die Stadtkreise ebenso eine Besserung erkennen (7,8% gegen 6,9% im Jahre 1920) wie die Landkreise (4,9% zu 3,9%). Die Zahl der Totgeburten ist unter den Unehelichen über doppelt so hoch als unter den Ehelichen.

Wenden wir uns von den Geburten zur Sterblichkeit. Der Sommer 1921 war ein relativ heißer, freilich auch, wenigstens bei

¹⁾ Etwas anders rechnet Teieky, mit dem ich die Frage besprach, kommt aber dabei zum gleichen Ergebnis: Von 10000 Personen waren 1910 über 15 Jahre alt 7130, davon 1315 verheiratete Frauen zwischen 15 und 45 Jahren. Die Sterblichkeit der über 15 Jahre alten war 13,2‰, es starben also von 10000 Personen jährlich 94,1. Von 1000 Geborenen überlebten das 15. Lebensjahr je 757. Damit 94,1 ins 16. Lebensjahr eintreten, müssen 120,7 geboren werden. Davon sind 7,6 unehelich, folglich müssen 111,5 ehelich geboren werden. Somit müssen 1315 verheiratete Frauen jährlich 111,5 Kinder gebären, in 30 Jahren der Ehe somit 2,54. Jede Ehe muß also 2,54 lebende Kinder nur zur Erhaltung der Volkszahl produzieren.

uns im Westen, ein auffallend trockener und regenarmer. Die Sterblichkeit der Säuglinge ist trotz der Hitze relativ gering und bleibt mit 11,6% hinter der des Vorjahres mit 12,3% zurück. Offenbar spielt die geringere relative Feuchtigkeit hier eine Rolle. Dabei ergibt sich das eigenartige Bild, daß gerade die Stadtkreise einen erheblichen Rückgang zeigen: 11,9% gegen 13,3% im Jahre 1920, während umgekehrt die Landkreise sogar einen kleinen Anstieg erkennen lassen: 11,0% gegen 10,8% im Jahre 1920. Eine Erhöhung der Säuglingssterblichkeit gegenüber dem Vorjahre finden wir in den Stadtkreisen M.-Gladbach und in Remscheid. Letztere Stadt bleibt aber noch wesentlich hinter dem Durchschnitt des ganzen Regierungsbezirkes zurück. Von den Landkreisen sind es Kempen und besonders M.-Gladbach, die erhebliche Erhöhungen zeigen. In 3 Stadtkreisen und in 5 Landkreisen war die Sterblichkeit der Säuglinge 10% oder geringer als 10% auf die Lebendgeborenen des Jahres berechnet.

Sollen nun praktische Schlüsse aus den statistischen Unterlagen gezogen werden, so muß man diese etwas näher ins Auge fassen. Dabei sehen wir zunächst, daß im ganzen Regierungsbezirk sowohl die Ehehlichen wie die Unehelichen an dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit beteiligt sind: erstere 10,8 zu 11,4, letztere 24,3 zu 25,1%. Jedoch ist in den Landkreisen eine Erhöhung der Sterblichkeit bei den Unehelichen zu verzeichnen, die freilich durch die Herabsetzung in den Stadtkreisen reichlich aufgewogen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade die unehelichen Kinder von unserer Fürsorge noch besser ergriffen werden können. Wenn in M.-Gladbach-Stadt von diesen 41,8%, in Mülheim-Ruhr gar 44,9% zugrundegehen, in M.-Gladbach-Land 48%, in Neuß-Land und Grevenbroich je 40%, so haben wir es nicht mit naturgewollten Geschehnissen zu tun, denen gegenüber wir die Hände in den Schoß legen sollten, sondern da gibt es sicherlich allzu menschliche Unvollkommenheiten, die sich fassen, Versäumnisse in fürsorglicher Hinsicht, die sich bessern lassen. Jedenfalls haben wir es hier mit vermeidbaren Verlusten an Menschenleben zu tun, die in Zukunft durch Eingreifen der dafür verantwortlichen Stellen vermieden werden können.

Der Einfluß der sommerlichen Hitze auf die Sterblichkeit der Säuglinge ist kein sehr großer gewesen, wie ich schon erwähnte. Ich habe früher (D. m. W. 1920 Nr. 40) auf das Schwinden des Sommergipfels bei abnehmender Gesamtsterblichkeit der Säuglinge aufmerksam gemacht, ja im Jahre 1919 hatten wir sogar einen deutlichen Wintergipfel. Im Regierungsbezirk Düsseldorf kamen Todesfälle im ersten Lebensjahre berechnet auf je 100 Lebendgeborene:

Im Jahre	Ins-gesamt	In den Monaten			
		Januar—März	April—Juni	Juli—September	Oktober—Dezember
1919	10,6	12,7	9,9	8,5	8,2
1920	12,3	12,1	11,0	13,7	12,4
1921	11,6	11,8	8,9	14,0	11,9

Das Jahr 1919 war sehr kühl. In den wärmeren Jahren 1920 und 1921 sehen wir wieder eine Vermehrung der Todesfälle im Sommer, aber der Gipfel ist recht flach, und zwar in den Landkreisen noch flacher als in den Stadtkreisen. Die relativ hohe Sterblichkeit der Säuglinge überhaupt in den Stadtkreisen Hamborn und Neuß erklärt sich dadurch, daß diese Städte noch einen bemerkenswerten Sommergipfel haben, während in M.-Gladbach offenbar ein vermehrtes Wintersterben die Höhe der Säuglingssterblichkeit verschuldet. Dieselbe hohe Wintersterblichkeit hat der Landkreis M.-Gladbach (Influenza?), bei dem aber auch ein mäßiger Sommergipfel hinzukommt.

Jedenfalls ist aber die interessante Tatsache festzustellen, daß die hohen Sommererhebungen der Sterblichkeitskurve bei den Säuglingen, wie wir sie früher hier im Westen zu sehen gewohnt waren, mit der Abnahme der Säuglingssterblichkeit überhaupt zurückgegangen sind, oder mit anderen Worten: die Verminderung der Säuglingssterblichkeit wie wir sie erfreulicherweise in den letzten 15 Jahren beobachten konnten, ist wesentlich auf die Abnahme dieses Sommergipfels zurückzuführen. In kühleren Sommern übt das 3. Quartal des Jahres überhaupt nicht mehr den unheilvollen Einfluß früherer Zeiten aus, und in wärmeren Jahren hält sich die dadurch bedingte Erhöhung der Sterblichkeit in erträglichen Grenzen. Ich glaube aber, daß diese Zahlen uns zugleich einen indirekten Beweis für die dauernde Zunahme der natürlichen Ernährung bieten, wie wir ja umgekehrt aus der Betrachtung statistischer Daten in vergangenen Zeiten, z. B. im 18. Jahrhundert, aus dem Sommergipfel auf die Verbreitung unnatürlicher Ernährung schließen können. So ist es umgekehrt gestattet, aus der Gestaltung der Sterblichkeitskurve, wie wir sie jetzt sehen, auch das Umgekehrte zu folgern.

Gegenüber dem Jahre 1919 ist 1920 und 1921 die Beteiligung der jüngsten Lebensmonate an den Sterbefällen des ersten Lebensjahres überhaupt zurückgegangen, eine Erscheinung, die offenbar auch durch die warmen Sommer bedingt ist. Die sommerliche Hitze schädigt — auch das stimmt mit meinen alten Beobachtungen aus Sachsen überein — die jungen Säuglinge weniger als die älteren, denn von diesen sind mehr abgestillt als von den ersteren. In einem heißen Sommer, in dem eine deutlich feststellbare Mehrgefährdung der Säuglinge im ganzen vorhanden ist, werden also mehr Kinder im 2. und 3., auch im 4. Lebensquartal sterben als in kühleren Jahren. Damit aber sinkt der Anteil der Kinder aus den ersten 3 Lebensmonaten an der Gesamt-mortalität der Säuglinge.

im Jahre	Es standen von je 1000 überhaupt gestorbenen Säuglingen		
	im 1. Lebensmonat	im 2. Lebensmonat	im 3. Lebensmonat
A. in den Stadtkreisen:			
1919	415	124	79
1920	375	101	86
1921	356	106	96
B. in den Landkreisen:			
1919	449	113	74
1920	422	108	96
1921	419	98	99
C. im ganzen Regierungsbezirk:			
1919	427	120	75
1920	391	103	89
1921	379	103	97

Berechnet man, wie viele von den Lebendgeborenen im ersten Lebensvierteljahre gestorben sind, so kommt man 1921 zu 6,71% gegen 6,64% im Jahre 1919, also zu so gut wie gleichen Zahlen. Die Erhöhung der Sterblichkeit von 10,6% im Jahre 1919 auf 11,6% im Jahre 1921 ist somit fast ausschließlich auf das Mehrsterben von Kindern jenseits des ersten Lebensquartals zurückzuführen. Wenn wir aber wieder sehen, wie dieses erste Lebensquartal die Säuglingssterblichkeit überhaupt beeinflusst — liefert es doch mehr als die Hälfte aller Todeskandidaten des ersten Lebensjahres —, so werden wir immer wieder und wieder zu der Forderung kommen, daß die Fürsorgetätigkeit die Kinder möglichst zeitig, möglichst schon vor, bei oder unmittelbar nach der Geburt fassen muß. Daß das bei richtiger Organisation möglich ist, unterliegt für mich keinem Zweifel.

Es ergibt sich weiter, daß von den Kindern der ersten Lebensmonate die in den Landkreisen mehr gefährdet sind als die in den Stadtkreisen; ferner aber, daß die unehelichen überall im ersten Lebensmonat relativ nicht so stark dezimiert werden wie in den späteren Lebensmonaten. Von je 100 überhaupt Sterbenden gehen mehr Ehehliche im ersten Monat zugrunde als Uneheliche, eine Tatsache, die wiederum leicht verständlich ist, weil ja in den ersten Wochen des Lebens die Trennung von Mutter und Kind auch bei den Unehelichen seltener ist als später.

Aus der Betrachtung der Todesfälle von Kindern im 2.—5. Lebensjahre und von Kindern im 6.—15. Lebensjahre ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß wir hier einen nicht unbeträchtlichen Rückgang in den absoluten Zahlen zu verzeichnen haben. Da nun die Zahl der vorhandenen Kleinkinder seit Kriegsende wieder gestiegen ist, so ergibt die absolute Besserung eine noch viel wesentlichere der relativen Ziffern, bezogen auf die Lebenden der betreffenden Altersklassen. Hier aber — wie man das früher wohl tun konnte — die bei der letzten Volkszählung, also 1919, ermittelten Zahlen der vorhandenen Bevölkerung für die Berechnung der Sterblichkeitsziffern zugrunde-zulegen, würde bei der Veränderung in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung einen so großen Fehler geben, daß hiervon abzusehen ist. Das fast völlige Fehlen von Masern und die derzeitige Gut-artigkeit von Scharlach und Diphtherie spielen dabei wohl eine ausschlaggebende Rolle.

Was die Schulkinder anbetrifft, so haben wir bei den Kindern von 6—15 Jahren in den Stadtkreisen ebenfalls einen nicht unerheblichen Rückgang der Sterblichkeit. Wir haben uns bemüht, auch einen Einblick in die Tuberkulosesterblichkeit des Klein- und Schulkinderalters zu gewinnen. Die Zahlen aber, die die offizielle Statistik uns hier an die Hand gibt, sind so lächerlich gering, daß mit ihnen nichts anzufangen ist. So sollen nur 191 Kinder im Alter von 2—5 Jahren und 507 Kinder im Alter von 6—15 Jahren an Tuberkulose im Regierungsbezirk Düsseldorf gestorben sein, Zahlen, die natürlich nicht entfernt an die Wirklichkeit herankommen. Es erweist sich eben immer wieder und wieder, daß, wenn man von der Tatsache des Sterbens überhaupt abkommt, die statistischen Unterlagen zu mangelhaft werden, um Folgerungen aus ihnen ziehen zu können.

Uebersehen wir nochmals kurz das Dargelegte, so glaube ich daraus erneut den befriedigenden **Schluß** ziehen zu dürfen, daß Krieg und Kriegsfolge nicht instande gewesen sind, unserem Volkskörper solche Wunden zu schlagen, die nicht durch pflegerische Behandlung wieder gutzumachen wären. Es regt sich in dem alten Stamme, es treiben neue Sprößlinge, und frischer Knospenansatz ist zu spüren. Nun heißt es, als gute Gärtner alles zu tun, damit, was sprießt, zu voller Frucht reifen kann. Auch hier gilt es, zu wollen. Die soziale Hygiene kennt die Wege, die wir beschreiten müssen. Haben wir die Entschlußfähigkeit, sie zu gehen? Können wir gegenwärtig Opfer bringen für unseres Volkes Zukunft? Das ist die große Frage, von der alles abhängt.